

Brüssel, den 4. Juli 2018

POLITISCHE PRIORITÄTEN

**der SPE-Fraktion im AdR für 2018-2019 im Vorfeld der
Wahlen zum Europäischen Parlament**

Die SPE-Fraktion nahm ihre politischen Prioritäten für den Zeitraum 2015-2020 zu Beginn der Mandatsperiode des AdR am 30. Januar 2015 an. Mit diesem Dokument werden die Prioritäten für die verbleibenden zwei Jahre der Mandatsperiode im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament aktualisiert, um eine bessere Planung der politischen Tätigkeiten in den Jahren 2018/2019 (Fraktionssitzungen und -seminare, Bürger- und Mittagsdebatten, mit anderen Gremien der weiteren SPE-Familie gemeinsam durchgeführte Veranstaltungen) sowie die Strukturierung und Langzeitplanung der Kommunikationstätigkeiten zu ermöglichen. Die SPE-Fraktion begleitet auch die politischen Meilensteine der Agenda des AdR-Präsidenten bis Anfang 2020.

2018 ist effektiv das letzte Jahr gesetzgeberischer Tätigkeiten vor dem europäischen Wahljahr 2019 (Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019, Einsetzung der neuen Kommission am 1. November 2019). Auf politischer Ebene wird das Jahr 2019 von einem SPE-Kongress Ende 2018 (voraussichtlich November/Dezember, Ort noch offen) eingeläutet, bei dem das Verfahren für die Auswahl des SPE-Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission festgelegt wird. Anfang 2019 wird auf einem Wahlkongress (Ort noch offen) der SPE-Spitzenkandidat gewählt und das gemeinsame Wahlprogramm für die Wahlen im Mai verabschiedet.

Vor diesem Hintergrund wird die Aufgabe der SPE-Fraktion im AdR darin bestehen, zu einer Kampagne der deutlichen Abgrenzung von den wichtigsten konkurrierenden Parteien auf europäischer Ebene beizutragen und die Positionierung der SPE als der größten proeuropäischen politischen Familie mit dem stärksten Zusammenhalt zu unterstützen. Die Prioritäten der SPE-Fraktion im AdR werden daher auch in die Entschlüsseungen des SPE-Kongresses im Herbst 2018 einfließen, die derzeit ausgearbeitet werden.

Der Schwerpunkt dieses Dokuments liegt daher auf den politischen Prioritäten; dabei bleiben Themen unberücksichtigt, die in der EU-Politik zwar einen hohen Stellenwert haben, aber entweder institutioneller Art sind oder keine echte Differenzierung im Hinblick auf politische Diskurse ermöglichen (wie Brexit oder Subsidiarität).

Die Prioritäten der SPE-Fraktion im AdR spiegeln teilweise die Prioritäten der SPE-Entschlüsseung wider, die auf dem Parteirat von Lissabon am 1./2. Dezember 2017^[1] angenommen wurden. Sie basieren auf dem Beitrag unserer Fraktion zu den Entschlüsseungen des AdR zu den jährlichen Arbeitsprogrammen der Europäischen Kommission. Diese Prioritäten könnten sich auf die folgenden fünf Pfeiler stützen.

- 1. Eine wirtschaftspolitische Strategie der EU mit Schwerpunkt auf langfristig nachhaltigen Investitionen und Zusammenhalt**

- 2. Eine Agenda für Solidarität und soziale Gerechtigkeit**

- 3. Eine ehrgeizige Klimastrategie der EU, die eine Hebelwirkung auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ausübt**

[1] https://www.pes.eu/export/sites/default/_galleries/Documents-gallery/PES-Council-Resolution-Adopted-by-the-PES-Council-on-1-December-2017-in-Lisbon.pdf_2063069299.pdf.

4. Eine umfassende, humane und auf Solidarität basierende Migrations- und Integrationspolitik der EU

5. Engagement für starke europäische Werte und eine demokratischere EU

1. Eine wirtschaftspolitische Strategie der EU mit Schwerpunkt auf langfristig nachhaltigen Investitionen und Zusammenhalt

Die derzeitige übergreifende Wirtschaftsstrategie der EU – die Strategie Europa 2020 – läuft aus. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und ihre Umsetzung in der EU bilden voraussichtlich den neuen Referenzrahmen.

Um die im Pariser Klimaübereinkommen festgelegten Ziele zu erreichen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen für 2030 zu verwirklichen, wird die Europäische Union beträchtliche Investitionen in spezielle Infrastrukturen, Sektoren und Technologien tätigen müssen. Berechnungen der Europäischen Kommission zufolge werden jährlich etwa 180 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen benötigt.¹ Die Europäische Kommission beabsichtigt, zu diesem Zweck im Herbst 2018 ein Reflexionspapier mit dem Titel **„Für ein nachhaltiges Europa bis 2030“** zu veröffentlichen. Der AdR ist, aufbauend auf der AdR-Stellungnahme „Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft – Europäische Nachhaltigkeitspolitik“, die unser Fraktionskollege Franco Iacop (IT) ausgearbeitet hat und die auf der Plenartagung im Juli 2017 verabschiedet wurde, Teil der hochrangigen Multi-Stakeholder- Plattform, die die Europäische Kommission im Hinblick auf das Reflexionspapier und allgemeiner bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in der EU unterstützt und berät. Zu den drei AdR-Mitgliedern, die an der hochrangigen Multi-Stakeholder Plattform beteiligt sind, die Empfehlungen zu dem genannten Reflexionspapier ausarbeitet, gehören zwei Mitglieder der SPE mit Beobachterstatus: der CIVEX-Koordinator der SPE, Peter Bossman (SI), und der stellvertretende ENVE-Vorsitzende Roby Biver (LU). Die SPE-Fraktion steht bei diesem Thema auch mit der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament in Verbindung, die eine neue Initiative mit dem Titel „Progressive Society“ (fortschrittliche Gesellschaft) eingeleitet hat. Im Rahmen der Initiative, die auf der Arbeit ihrer Independent Commission for Sustainable Equality (Unabhängiger Ausschuss für nachhaltige Gleichstellung) unter Vorsitz des ehemaligen SPE-Vorsitzenden Poul Nyrup Rasmussen (DK) und der ehemaligen griechischen Arbeitsministerin, Louka T. Katseli, aufbaut, sollen politische Empfehlungen zu der Frage abgegeben werden, wie Ungleichheiten und ihre Folgen in ganz Europa beseitigt werden können. Dazu gehört auch die Frage, wie ökologische Veränderungen Quelle sozialen Fortschritts sein können. Die Arbeiten sollen rechtzeitig vor den politischen Vorbereitungen auf die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament abgeschlossen sein.

¹ Zur besseren Einordnung: 2017 beliefen sich die (öffentlichen und privaten) Gesamtinvestitionen in der EU28 auf ca. 3 Billionen EUR, d. h. 20 % des BIP. Öffentliche Investitionen hatten einen Anteil von knapp einem Siebtel an dieser Gesamtsumme, d. h. 2,7 % des BIP.

Es ist wichtig, dass die lokale und regionale Ebene die EU-Strategie für 2030 mitprägt. Denn mit dieser Strategie wird auch das Europäische Semester umgestaltet, weil sie ein neuer Parameter für die Zweckbindung von bis zu 75 % der Struktur- und Investitionsfonds der EU werden könnte. Möglicherweise wird sie auch den Rahmen für die Unterstützung der EU für Strukturreformen vorgeben. In zwei Stellungnahmen der stellvertretenden Vorsitzenden der SPE-Fraktion, **Olga Zrihen, zum Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (2015, 2017) hat der AdR bereits deutlich gemacht, dass der Begriff „Strukturreformen“ genauer definiert werden muss und die Unterstützung der EU** für Strukturreformen auf nationaler Ebene nur in Bereichen ins Auge gefasst werden sollte, die in die Zuständigkeit der EU fallen. Dabei muss der Schwerpunkt auf Maßnahmen mit einem europäischen Mehrwert und einer positiven europäischen Wirkung liegen. Ebenso sollte die SPE-Fraktion sicherstellen, dass in der Stellungnahme des AdR zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von Nikola Dobroslavic (EVP/HR) eine vorsichtige Haltung gegenüber dem vorgeschlagenen Instrument zur Umsetzung von Strukturreformen in Höhe von 22 Mrd. EUR vertreten wird, solange das Ausmaß der Strukturreformen nicht spezifiziert ist und für das Instrument ein Windhundverfahren gilt.

Ebenfalls zur Frage der Umsetzung der Strategie zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung in europäische Politik und Programme sei auf zwei wichtige Berichte des AdR hingewiesen. Der erste betrifft den neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen „InvestEU“, der in der ECON-Sitzung am 22. Juni 2018 in Bukarest zugewiesen werden soll. Hier wird es ein Anliegen der SPE-Fraktion sein, Ziele für klima- und sozialpolitische Projekte festzulegen. Der zweite ist der in Ausarbeitung befindliche Bericht zum „Aktionsplan: Finanzierung nachhaltigen Wachstums“,² Berichterstatte: Tilo Gundlack (SPE/DE).

Im Hinblick auf Investitionen ist die allgemeine Lage weiterhin düster. Laut Eurostat sind die öffentlichen Investitionen in der EU insgesamt von 3,4 % des BIP im Jahr 2008 auf 2,7 % im Jahr 2016 gesunken. Gleichzeitig sind auch die Investitionen lokaler Gebietskörperschaften von 1,5 % des BIP im Jahr 2008 auf 1,1 % im Jahr 2016 zurückgegangen, wobei die Situation in einigen Mitgliedstaaten noch sehr viel ernster ist.³ Steuerliche Konsolidierungsmaßnahmen wirken sich häufig besonders stark auf öffentliche Investitionen aus, einschließlich auf lokaler und regionaler Ebene, aus. Dabei sind die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen in der EU verantwortlich, und ihre Investitionen haben unmittelbare Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft und das tägliche Leben der Bevölkerung. Gleichzeitig sind auch die zunehmende Zentralisierung öffentlicher Investitionen und der Anteil der von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften getätigten Investitionen, der gegenüber einem Anteil von 60 % in den 1990er Jahren deutlich zurückgegangen ist,⁴ sehr besorgniserregend. Zudem kommt in diesen Zahlen nicht das Investitionsdefizit öffentlicher Behörden aller Ebenen im Hinblick auf Infrastrukturen aller Arten zum Ausdruck.

Daher wird sich die SPE-Fraktion insbesondere auf die Stellungnahme zu den **Vorschlägen für eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)**, die der erste stellvertretende Vorsitzende Christophe Rouillon auf der Plenartagung am 4. Juli 2018 vorlegt, beziehen und für eine flexiblere Anwendung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) eintreten, um die öffentlichen Investitionen, die zur Belebung des Wachstums nötig sind, zu fördern. Vor allem wird

² COM(2018) 97 final.

³ Eurostat: Bruttoanlageinvestitionen des Staates. Vorläufige Daten für 2016.

⁴ <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tec00022&language=de>.

Europäische Kommission: *Siebter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen*

Zusammenhalt. September 2017, S. 168:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion7/7cr_de.pdf.

unsere Forderung bekräftigt, dass die nationale Kofinanzierung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds vom SWP auszunehmen ist. Der AdR wird voraussichtlich auch die von der SPE angestoßene Aufforderung an die Europäische Kommission aufgreifen, ein Weißbuch zu veröffentlichen, in dem auf EU-Ebene eine Klassifizierung für die Qualität öffentlicher Investitionen umrissen wird, und einen Indikator zur Investitionsquote in den makroökonomischen Anzeiger (Scoreboard) aufzunehmen. Insbesondere sollte der AdR seine Besorgnis darüber bekräftigen, dass bei dem seit September 2014 geltenden EU-Regelwerk zur Rechnungslegung an Eurostat (ESVG 2010) nicht zwischen Ausgaben und Investitionen unterschieden wird. In einigen Mitgliedstaaten führt die Umsetzung dieser Standards in nationales Recht dazu, dass die lokalen und nationalen Gebietskörperschaften dazu verpflichtet werden, Obergrenzen für öffentliche Investitionen pro Jahr und pro Einwohner anzusetzen. Diese Obergrenzen hindern insbesondere die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften daran, die erforderliche Kofinanzierung für Projekte der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds bereitzustellen. Ferner behindern diese Obergrenzen auch diejenigen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die über Rückstellungen verfügen, mit denen sie umfangreiche Investitionsprojekte anstoßen könnten, die nicht mit den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds verbunden sind.

Es liegt auf der Hand, dass der Spielraum für öffentliche Investitionen auch von der Effizienz der EU-Steuerpolitik abhängt. Daher stehen wir auch eindeutig hinter Maßnahmen der EU zur verstärkten Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, Steuerumgehung und aggressiver Steuerplanung – innerhalb der EU und weltweit.

Die **Kohäsionspolitik** ist das größte Investitionsinstrument der EU und der deutlichste Ausdruck der europäischen Solidarität, um die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kluft zu überwinden. Allein im Zeitraum 2007-2013 wurden mithilfe der EU-Kohäsionspolitik (d. h. dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds) eine Million Arbeitsplätze geschaffen, was einem Drittel aller neuen Arbeitsplätze in der EU in diesem Zeitraum entspricht.

Die Kohäsionspolitik bewirkte einen starken Multiplikatoreffekt, mit jedem investierten Euro wurden fast 3 Euro zusätzliches BIP erzeugt. Dadurch wird bis 2023 ein geschätzter Betrag von 1 Billion Euro an zusätzlichem Wohlstand erwirtschaftet.

Entsprechend den Leitlinien der Kohäsionsallianz (#Cohesion Alliance)⁵ wird sich die SPE-Fraktion für eine Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2020 einsetzen, die als langfristige Investitionspolitik für alle Regionen in Europa dazu beiträgt, Wachstum und Beschäftigung auf lokaler und regionaler Ebene zu unterstützen, indem innovative Lösungen in Bereichen wie Klimawandel und Energiewende, soziale Eingliederung sowie grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit gefördert werden. Haushaltstechnisch gesehen besteht das Ziel darin, dass die Kohäsionspolitik mit ausreichenden Mitteln ausgestattet wird, damit mindestens ein Drittel des künftigen EU-Haushalts in Form von Zuschüssen ausgezahlt wird, und nur in wenigen Fällen über Finanzinstrumente. Die SPE-Fraktion im AdR wird auch die umfassenden Kürzungen (etwa 20 %) bei der europäischen territorialen Zusammenarbeit nachdrücklich ablehnen, die im Entwurf des mehrjährigen

⁵ Die Befürworter der EU-Kohäsionspolitik haben sich zu einer Allianz für die Kohäsionspolitik, der #CohesionAlliance, zusammengeschlossen, weil sie der Ansicht sind, dass diese Politik auch weiterhin eine tragende Säule für die Zukunft der EU sein muss. Die Allianz wurde durch die Zusammenarbeit zwischen den führenden europäischen Verbänden von Städten und Regionen und dem Europäischen Ausschuss der Regionen ins Leben gerufen. Sie fordert, dass die Kohäsionspolitik durch den EU-Haushalt nach 2020 für alle Regionen in der Europäischen Union stärker, wirksamer, sichtbarer und zugänglicher werden muss. <http://cor.europa.eu/de/takepart/Pages/cohesion-alliance.aspx>.

Finanzrahmens vorgesehen sind – trotz eines erhöhten Bedarfs aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.

Ein besonderes Anliegen wird die neue ESIF-Förderung für **ländliche Gebiete** sein, d. h. Gebiete, in denen die Zahl der Wähler populistischer oder euroskeptischer Parteien zunimmt und die eindeutig keinen Nutzen aus der Globalisierung ziehen. Diese Regionen scheinen vielmehr nur die negativen Folgen der Globalisierung zu tragen (Standortverlagerung, Entvölkerung, Reduzierung der öffentlichen Dienste, Arbeitslosigkeit usw.). Unsere politische Familie sollte die Kombination mehrerer Fonds, die mit der nicht landwirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Gebiete in Verbindung stehen, unterstützen. In diesen Gebieten lebt häufig eine nicht städtische Bevölkerung mit Erwartungen eines städtischen Lebensstandards; es ist konzeptionell falsch, sie systematisch mit landwirtschaftlichen Gebieten gleichzusetzen! Europa kann die Probleme dieser Gebiete noch in Chancen umwandeln, wenn die Neuansiedlung unterstützt, in Innovation und entsprechende Bildungsmaßnahmen investiert, die öffentlichen Dienste modernisiert und angepasst werden usw. und damit gegen das Gefühl vorgegangen wird, hinter den echten oder als solche wahrgenommenen Randgebieten zurückzubleiben.

Im Hinblick auf die Entscheidungsstrukturen wird die SPE-Fraktion auf der Stärkung des Partnerschaftsprinzips und eines ortsgebundenen Ansatzes sowie der damit verbundenen geteilten Verwaltung bei allen kohäsionspolitischen Mitteln bestehen. Die SPE-Fraktion unterstützt ferner die Ansicht, dass die Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene nicht Bedingungen unterliegen darf, die von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und sonstigen Empfängern nicht beeinflusst werden können.

Überdies setzt sich die SPE-Fraktion für eine vereinfachte Kohäsionspolitik ein, die einen flexibleren und differenzierten Ansatz ermöglicht (Stellungnahme von Petr Osvald (SPE/CZ), Oktober 2016), und fordert, dass bei der künftigen Kohäsionspolitik die Referenzindikatoren diversifiziert werden und die Politik „über das BIP hinausgeht“ (Stellungnahme von Präsidentin Catuscia Marini (SPE/IT), Februar 2016).

Meilensteine zu Priorität 1:

Bereits umgesetzt:

- 12. Juli 2017: Stellungnahme von Franco Iacop (SPE/IT) „Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft – Europäische Nachhaltigkeitspolitik“
- 22. März 2018: Annahme der Initiativstellungnahme von Catuscia Marini (SPE/IT) zur „Halbzeitbewertung des ESF als Beitrag zur Ausarbeitung des Vorschlags für die Zeit nach 2020“
- 22. März 2018: Annahme der Stellungnahme von Olga Zrihen (SPE/BE) zum Thema „Das geänderte Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP) und neue Haushaltsinstrumente für das Euro-Währungsgebiet“

Geplant:

- 4. Juli 2018: Verabschiedung der Stellungnahme von Christophe Rouillon (SPE/FR) zu den Vorschlägen für eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf der Plenartagung des AdR

- SPE-Berichterstatter zur Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds nach 2020
- Möglicherweise: SPE-Berichterstatter zum ESF+ nach 2020 (COTER oder SEDEC) und SPE-Berichterstatter zu InvestEU (ECON)
- Workshop der SPE-Fraktion im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte zum Thema „Still time to shape the European Social Fund post-2020“ (Es ist noch Zeit für die Gestaltung des Europäischen Sozialfonds nach 2020)

2. Eine Agenda für Solidarität und soziale Gerechtigkeit

Die Juncker-Kommission ist deutlich hinter den zu Beginn ihrer Amtszeit geweckten Erwartungen zurückgeblieben, als sie sich verpflichtete, für die Europäischen Union im sozialen Bereich ein „Triple A“ zu erreichen. Durch die Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte am 17. November 2017 in Göteborg wurde jedoch ein willkommener Impuls gegeben (siehe auch die diesbezügliche Stellungnahme von Heijo Höfer (SPE/DE)), auf dem wir aufbauen sollten.

Damit die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen in die Union als Teil ihrer Zukunft fassen, müssen wir die soziale Dimension der europäischen Integration stärken, um das Risiko einer Nivellierung der Sozialmodelle nach unten zu verhindern, das derzeit durch einen fehlgeleiteten Fokus auf Sparpolitik und restriktiver Finanzpolitik verschärft wird. Wir werden daher weiterhin Druck ausüben, damit die sozialen Ziele bei den übergeordneten Strategien der EU höchste Priorität haben, insbesondere durch Aufnahme wichtiger beschäftigungs- und sozialpolitischer Indikatoren bei der Überwachung der Strategien, und damit soziale Investitionen in die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und den künftigen InvestEU-Fonds Vorrang erhalten. Wir sind auch der Ansicht, dass eine Arbeitslosenversicherung der EU und ein EU-weiter Mindestlohn weiterhin zentrale vorrangige Forderungen der SPE sind.

Im Hinblick auf die Mobilität der Arbeitskräfte und im Anschluss an die Einigung über die Änderung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern (AdR-Stellungnahme von Yoomi Renström (SPE/SE), verabschiedet im Dezember 2016) wird sich die SPE auf die Gestaltung der künftigen Europäischen Arbeitsbehörde im Wege einer Stellungnahme von Doris Kampus (SPE/AT) konzentrieren, die dem Plenum Ende des Jahres vorgelegt wird.

Angesichts der umfassenden Digitalisierung und der daraus folgenden tief greifenden Änderungen im Bereich der Arbeitsrechte werden angemessene Arbeitsbedingungen zu einer neuen Herausforderung: Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (Arbeitszeit, Recht auf Nichterreichbarkeit), prekäre Beschäftigungs- (z. B. Null-Stunden-Verträge) und Einkommensverhältnisse (geringe Löhne), eingeschränkter Zugang zu sozialem Schutz, wobei einige Formen der Beschäftigung praktisch ausgeschlossen sind (z. B. Null-Stunden-Verträge), Mobilität der Arbeitnehmer, die zu Sozialdumping führt. Die Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen, die den Arbeitgeber zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen verpflichtet, ist in dieser Hinsicht äußerst wichtig und wird durch die Stellungnahme von Isolde Ries (SPE/DE) weiterbehandelt.

Gleichzeitig ist es dringend geboten, Bildungs- und Ausbildungssysteme an die Erfordernisse moderner Arbeitsmärkte anzupassen, die sich durch bahnbrechende technologische Entwicklungen

auszeichnen, für die neue Kompetenzen erforderlich sind und bei denen die menschliche Präsenz bei vielen traditionellen Beschäftigungen ohne besondere Qualifikationsanforderungen, nicht nur im gering qualifizierten Bereich, ersetzt wird. Der Zugang zu und die Gleichstellung bei der Bildung, die die Menschen in geeigneter Form auf die 4. industrielle Revolution vorbereitet, ist eine weitere Herausforderung.

Der Zugang zu Informationen durch eine angemessene Breitband-Infrastruktur, mit der die geografische digitale Kluft geschlossen wird, ist entscheidend, wenn es darum geht, Menschen zu befähigen, der 4. industriellen Revolution standzuhalten und Erfolg zu haben.

Zudem gehört auch der Zugang zu hochwertigen und erschwinglichen öffentlichen Dienstleistungen zu diesem breiten Thema der sozialen Gerechtigkeit (Zugang zu Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Pflege älterer Menschen, Wohnung usw.).

Die SPE-Fraktion wird in diesem Zusammenhang und im Einklang mit der Stellungnahme von Hicham Imane zum Thema „Für eine europäische Agenda für den Wohnungsbau“ (Dezember 2017) weiterhin fordern, dass der soziale Wohnungsbau durch die Wettbewerbspolitik der EU nicht auf die ärmsten oder weniger begünstigten sozialen Gruppen beschränkt wird. Städten und Regionen sollte es freistehen, ihren sozialen Wohnungsbau zu planen, umzusetzen und zu finanzieren, um auch den Menschen zu helfen, die in unangemessenen Wohnverhältnissen leben oder einen Großteil ihres Einkommens für angemessenen Wohnraum aufwenden müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Wohnungspolitik als Instrument zur Förderung einer sozialen Durchmischung unserer Städte und angemessener Lebensstandards für alle eingesetzt wird.

Durch die Finanzkrise und die anschließenden Sparmaßnahmen wurden öffentliche Investitionen in soziales Wohlergehen dramatisch gekürzt; dadurch ist ein dringender Bedarf an sozialer Innovation entstanden.

Unter sozialer Innovation verstehen wir neue Ideen, mit denen sozialen Bedürfnissen Rechnung getragen, soziale Netze geschaffen und neue Strategien erprobt werden. Diese Innovationen können in politischen Maßnahmen, Produkten, Dienstleistungen oder Modellen bestehen, mit denen ungedeckter Bedarf wirkungsvoller berücksichtigt werden kann. Sie können sich auch an den neuen Potenzialen der Sharing Economy orientieren, die wiederum einen klaren rechtlichen und politischen Rahmen braucht.

Mit sozialer Innovation können Armut bekämpft und nachhaltiger Wohlstand und Wohlergehen geschaffen werden, gleichzeitig wird eine lernende und partizipative Gesellschaft gefördert. Angesichts dessen ist die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften entscheidend für die wirksame Steuerung der sozialen Innovation, die sich nicht entwickeln kann, wenn sie durch ein von oben nach unten ausgerichtetes, stark zentralisiertes Modell eingeschränkt wird.

Damit die soziale Innovation ihre Ziele erreicht, müssen EU-weit ein wirksamer Informationsaustausch stattfinden, innovative Unternehmer sowie die Mobilisierung von Investoren und öffentlichen Organisationen unterstützt werden, damit die Aufnahmefähigkeit des Marktes für innovative Lösungen gefördert und die Beschäftigung angeregt werden kann.

Vor diesem Hintergrund wird die SPE-Fraktion ihre Sitzung auf Einladung des SPE-Fraktionsmitglieds André Viola, Präsident des Département Aude, und Carole Delga, Präsidentin der Region Okzitanien, am 7. September 2018 in Carcassonne dem Thema soziale Innovation widmen. Ergänzend zu der Sitzung findet eine gemeinsam mit der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament veranstaltete

öffentliche Debatte „Together“ zum Thema „Social Europe – what's in it for me?“ (Soziales Europa – was bringt das für mich?) statt.

Die SPE-Fraktion hat in Partnerschaft mit Solidar inzwischen einen Fotowettbewerb zum Thema „My social city“ (Meine soziale Stadt) gestartet. Der Wettbewerb läuft bis zum 30. Juni 2018.

Teilnahmeberechtigt sind alle Personen ab 18 Jahren mit Wohnsitz in der EU. Amateur- und Profifotografen sind eingeladen, soziale Projekte und/oder soziale Beziehungen in ihren Städten auf einem Foto festzuhalten.

Meilensteine zu Priorität 2:

Bereits umgesetzt:

- Oktober 2016: AdR-Stellungnahme von Heijo Höfer (SPE/DE) „Die Europäische Säule sozialer Rechte“
- Dezember 2016: AdR-Stellungnahme von Yoomi Renström (SPE/SE) zur Änderung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern
- Juli 2017: AdR-Stellungnahme von Ulrike Hiller (SPE/DE) zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
- 22. März 2018: Annahme der Initiativstellungnahme von Catuscia Marini (SPE/IT) zur „Halbzeitbewertung des ESF als Beitrag zur Ausarbeitung des Vorschlags für die Zeit nach 2020“
- 22. März 2018: Annahme der Stellungnahme von Olga Zrihen (SPE/BE) zum Thema „Das geänderte Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP) und neue Haushaltsinstrumente für das Euro-Währungsgebiet“

Laufende Projekte:

- Fotowettbewerb zum Thema „My social city“
- Interaktion mit dem Netzwerk der SPE Soziales Europa
- Verabschiedung im Juli 2018: AdR-Stellungnahme von Isolde Ries (SPE/DE) zur Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union
- Verabschiedung im Oktober 2018: AdR-Stellungnahme von Doris Kampus (SPE/AT) zum Thema Europäische Arbeitsbehörde

Geplant:

- 7. September 2018: Außerordentliche Fraktionssitzung in Carcassonne zur sozialen Innovation und Sitzung „Together“ zum Thema „Social Europe – what's in it for me“?

3. Eine ehrgeizige Klimaschutzpolitik der EU und Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft

Der Klimawandel ist ein weltweites Problem, zu dessen möglichst wirksamer Bewältigung es eines Mehrebenenansatzes unter Beteiligung unterschiedlicher Interessenträger bedarf. Wie in der AdR-Stellungnahme von Marco Dus (SPE/IT) zum Thema „Finanzierung des Klimaschutzes als

wirksames Mittel zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris“ (Oktober 2017) betont wird, sind die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowohl für die Beteiligung und Sensibilisierung der Bevölkerung für Themen des Klimawandels als auch für Investitionsanreize und die Umsetzung konkreter Vorhaben von wesentlicher Bedeutung. Die SPE-Fraktion wird – insbesondere im Kontext der AdR-Stellungnahme zum Thema „Eine europäische und globale Perspektive der Klimagovernance nach 2020: ein Beitrag zur COP24 der Klimarahmenkonvention“ von Andrew Cooper (EA/UK) – an ihrer Forderung nach ehrgeizigen Klimaschutzziele festhalten: verbindliche Ziele der Reduzierung von CO₂ um 50 %, einen Anteil der erneuerbaren Energiequellen von 40 % und eine Verbesserung der Energieeffizienz um 40 % bis 2030. Der AdR fordert die Europäische Kommission ebenfalls auf, sicherzustellen, dass die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften anerkannt und verbessert wird, um die Ziele des Übereinkommens von Paris, auch im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention, besser zu erreichen.

In diesem Sinne werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass ein System der „locally determined contributions“ (lokal festgelegte Beiträge, LDC) zur Senkung der CO₂-Emissionen entwickelt wird, um das im Pariser Übereinkommen festgelegte System der „nationally defined contributions“ (national festgelegte Beiträge, NDC) zu ergänzen. Wir sprechen uns ferner dafür aus, dass die Kommission die Initiative des Bürgermeisterkonvents unterstützt.

Im Vorfeld der AdR-Stellungnahme zur künftigen Energie- und Klimaschutzpolitik der EU, die bis Ende 2018 ausgearbeitet wird, fordert die SPE-Fraktion eine Überarbeitung und Stärkung der Energieeffizienzrichtlinie, bei der die Notwendigkeit dezentralisierter Energielösungen berücksichtigt werden sollte, um die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen zu verringern und unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele zu erreichen. Zudem werden wir zusammen mit der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament weiterhin Druck auf die Europäische Kommission ausüben, einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Energiearmut vorzulegen, in dem Maßnahmen auf europäischer, nationaler, regionaler/lokaler Ebene vorgeschlagen werden sollten, um die Lage der schutzbedürftigsten Verbraucher in der EU zu verbessern.

Ferner wird die Initiativstellungnahme von Mariana Gaju (SPE/RO) zum Thema „Modelle lokaler Energie-Ownership und die Rolle lokaler Energiekommunen im Rahmen der Energiewende in Europa“ (Verabschiedung voraussichtlich im Dezember 2018) für den AdR eine Gelegenheit sein, sich mit den entscheidenden Stärken und Schwächen der bestehenden lokalen Energie-Geschäftsmodelle, beispielsweise Bürgerenergiemodelle für erneuerbare Energie, auseinanderzusetzen. In diesem Zusammenhang könnte der AdR hervorheben, wie die durch dezentrale Energieerzeugung geschaffenen Wirtschaftsströme vor Ort Nutzen bringen. In diesem Zusammenhang sollten „Energiegemeinschaften“ als eines der Modelle hervorgehoben und analysiert werden, bei denen die Bürger in die Energiewende und die Verwirklichung einer nachhaltigen Wirtschaft eingebunden werden können.

Im Hinblick auf den notwendigen Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft wird André van de Nadort (SPE/NL) die Meilensteine der Einbindung lokaler und regionaler Behörden durch eine Stellungnahme zur Europäischen Strategie für Kunststoff⁶ hervorheben. Roby Biwer (SPE/LU) wird den Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU zum 14. Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 14) erläutern.

⁶ COM(2018) 28.

Meilensteine zu Priorität 3:

Bereits umgesetzt:

- Oktober 2017: Stellungnahme von Marco Dus (SPE/IT) zum Thema „Finanzierung des Klimaschutzes als wirksames Mittel zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris“

Laufende Projekte:

- Interaktion mit dem SPE-Netz zu Klima & Umwelt
- Verabschiedung im Oktober 2018: Stellungnahme von André van de Nadort (SPE/NL) zur Europäischen Strategie für Kunststoff
- Verabschiedung im Dezember 2018: Stellungnahme von Mariana Gaju (SPE/RO) zum Thema „Modelle lokaler Energie-Ownership und die Rolle lokaler Energiekommunen im Rahmen der Energiewende in Europa“
- Verabschiedung im Oktober 2018: Stellungnahme von Roby Biver (SPE/LUX) zum Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU zum 14. Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 14)

Geplant:

- bis Ende 2018: Stellungnahme zur künftigen Energie- und Klimaschutzpolitik der EU

4. Eine umfassende, humane und auf Solidarität basierende Migrations- und Integrationspolitik der EU

Der letzten Eurobarometer-Umfrage (Dezember 2017) zufolge ist die Einwanderung derzeit die größte Herausforderung für die EU (genannt von 39 % der Befragten). Dies kommt im Vorschlag der Kommission zum künftigen Finanzrahmen (2. Mai 2018) zum Tragen, durch den praktisch dreimal so viel Mittel für die Überwachung der Außengrenzen, Migration und Asyl bereitgestellt werden sollen (insgesamt 33 Mrd. EUR gegenüber derzeit 13 Mrd. EUR), sowie in dem Plan, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) bis 2027 mit 10 000 mit operativen Aufgaben betrauten Bediensteten auszustatten. Nach Ansicht der SPE-Fraktion braucht die EU jedoch eine echte und umfassende Migrationspolitik, bei der das Thema nicht in erster Linie als Sicherheitsrisiko behandelt wird. In der Stellungnahme des AdR zur Halbzeitbewertung der Europäischen Migrationsagenda (Berichterstatter Dimitrios Kalogeropoulos, EVP/GR) sorgte die SPE für das richtige Gleichgewicht zwischen dem Erfordernis der Migrationssteuerung und der Berücksichtigung legitimer Sicherheitsbedenken auf der einen und der absoluten Notwendigkeit einer offenen und aufnahmebereiten Europäischen Union, die ihre eigenen Werte und die internationalen Verpflichtungen wahrt, auf der anderen Seite.

Aufgrund der weiterhin andauernden Krisen in der Nachbarschaft der EU brauchen wir eine gerechte Asylpolitik, die denjenigen Schutz bietet, die ihn benötigen, die den inakzeptablen Verlust des Lebens von Menschen verhindert, die versuchen, in die EU zu gelangen, und die auf der Solidarität zwischen

den Mitgliedstaaten und Regionen der EU bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern gründet.

Gleichzeitig müssen wir eine europäische Migrationspolitik mit sicheren und legalen Einwanderungswegen schaffen. Die EU benötigt eine kohärente Vision der legalen Migration, die Migration sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU umfasst und die nicht ausschließlich auf hochqualifizierte Arbeitnehmer beschränkt ist. In beiden Fällen müssen wir sorgfältig darauf achten, dass es nicht zur Abwanderung von Fachkräften und zu Sozialdumping kommt.

Die Dublin-Verordnung muss dringend gründlich überarbeitet werden. Im Sinne der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und den Regionen bedarf es eines Systems für eine gerechte Verteilung der Asylbewerber auf die Mitgliedstaaten. Dieses System muss auf einer Reihe objektiver Kriterien wie der Größe der Länder, der Einwohnerzahl, dem BIP oder Arbeitslosenquoten basieren. SPE-Mitglied Enzo Bianco (IT) hat in seinen beiden Stellungnahmen zur Reform der Dublin-Verordnung (Dezember 2016/Februar 2017) Vorschläge in dieser Richtung vorgelegt, die Verhandlungen sind auf Ebene der Mitgliedstaaten jedoch weiterhin blockiert. Gemeinsam mit unseren Freunden vom Migrations- und Asylnetz der SPE werden wir weiterhin Druck auf die EU-Mitgliedstaaten ausüben, Fortschritte bei den vorgeschlagenen Reformen und darüber hinaus zu erreichen. Ebenso wie einen sicheren und legalen Zugang zur EU müssen wir den Dialog und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten aktiv unterstützen, die Herkunfts- und Transitländer von Migrationsbewegungen sind, wie in der Stellungnahme des CIVEX-Koordinators der SPE, Peter Bossman (SI), zum Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Migration (Februar 2017) dargelegt.

Da Städte und Regionen im Hinblick auf die Integration von Migranten an vorderster Front stehen, werden in einer Eurobarometer-Sonderumfrage zum Thema „Integration von Zuwanderern in die Europäische Union“, veröffentlicht am 13. April 2018, die Erwartungen und Herausforderungen untersucht, mit denen sie sich noch auseinandersetzen müssen. Den Ergebnissen zufolge ist lediglich eine Minderheit von Europäern (37 %) der Ansicht, dass sie über Fragen in Zusammenhang mit Zuwanderung und Integration gut unterrichtet sind, und nur etwas mehr als die Hälfte der Europäer (54 %) halten die Integration von Zuwanderern für erfolgreich, wobei sich hier die Zahlen zwischen den Ländern stark unterscheiden. Es gibt eine interessante Verbindung zum tatsächlichen Anteil von Zuwanderern an der Gesamtbevölkerung eines Landes: In Ländern mit einem geringen Anteil der Nicht-EU-Zuwanderer an der Bevölkerung neigen die Befragten weniger dazu, die Integration als Erfolg zu betrachten oder die Ansicht zu vertreten, dass sich Zuwanderer positiv auf ihre Gesellschaft ausgewirkt haben.

Vor diesem Hintergrund werden im Vorschlag der Europäischen Kommission für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (2. Mai 2018) größere Änderungen im Hinblick auf die Migrations- und Kohäsionspolitik angekündigt.

Die Kommission schlägt ferner vor, den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und mit dem europäischen integrierten Grenzmanagement verbundene Mittel in die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen aufzunehmen, die bislang nur auf andere Teile der regionalen Mittel und Kohäsionsmittel der EU angewandt wurde. Für die Zuweisung der Mittel werden neben dem Pro-Kopf-BIP-Indikator, Arbeitslosenquoten (insbesondere Jugendarbeitslosigkeit) und Klimawandel auf lange Sicht auch Kriterien im Zusammenhang mit der Aufnahme und der Integration von Migranten herangezogen. Schließlich werden alle Struktur- und Investitionsfonds einen Bereich mit dem Schwerpunkt auf Migration und langfristige Integration enthalten, während der Fokus beim AMIF auf der kurzfristigen Integration liegen wird. Eine klare Priorität besteht für die SPE-Fraktion darin,

sicherzustellen, dass die Kohäsions- und die Migrationspolitik nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Bevor die Kommission vor Mitte Juni 2018 ihre ausführlichen Vorschläge, insbesondere zum AMIF, vorlegt, müssen einige grundlegende Fragen angesprochen werden:

- Sollten lokale und regionale Gebietskörperschaften in die Verwaltung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds eingebunden werden?
- Könnte die Einrichtung eines getrennten europäischen Fonds erwogen werden, bei dem lokale Gebietskörperschaften auf freiwilliger Basis direkt die Finanzierung von Projekten für Infrastruktur und Dienstleistungen beantragen könnten, die den Aufnahme- und den Flüchtlingsgemeinschaften zugute kommen?
- Könnten Hotspots an den Außengrenzen der EU als dezentrale Drehkreuze für die Weiterverteilung fungieren? Wie könnte die Dublin-Verordnung in dieser Hinsicht reformiert werden?

Meilensteine zu Priorität 4:

Bereits umgesetzt:

- Dezember 2016/Februar 2017: Stellungnahmen von Enzo Bianco (SPE/IT) zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Dublin), Pakete I und II
- Februar 2017: Stellungnahme von Peter Bossman (SPE/SI) zum Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Migration

Geplant:

- Stellungnahme des AdR zum Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) (zuzuweisen am 10. Juli 2018).

5. Einsatz für starke europäische Werte und eine demokratischere EU

Für unsere sozialdemokratische Familie kommt im Motto der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“ das Ziel zum Ausdruck, die Europäische Union zu einem Grundpfeiler für vielfältige, offene und von allen Arten von Diskriminierung freie Gesellschaften zu machen, in denen alle Identitäten respektiert werden und willkommen sind und alle die gleichen Grundrechte und Pflichten haben. Zu diesem Ziel gehört die Stärkung der Demokratie auf allen Ebenen der Europäischen Union.

Die Stärkung der Demokratie und der Teilhabe der Bürger erfordert jedoch Vertrauen. Angesichts der zunehmenden EU-Skepsis verabschiedete der AdR im Dezember 2014 eine Stellungnahme von Christophe Rouillon (SPE/F) zur Frage, wie Europa seinen Bürgern wieder nähergebracht werden kann. Dort schlug er u. a. stärkere Bemühungen im Hinblick auf lokale, regionale und nationale soziale Medien, eine engere Zusammenarbeit mit den „Europe Direct“-Informationszentren und die Veranstaltung von 500 Bürgerdialogen vor, die alle EU-Institutionen in allen EU-Mitgliedstaaten, nicht nur in Hauptstädten, im Zeitraum von fünf Jahren durchführen sollen.

Seit 2015 hat der AdR über 140 solcher Veranstaltungen durchgeführt, bis Ende dieses Jahres werden es über 200 sein, an denen mehr als 200 seiner Mitglieder und 20 000 Bürgerinnen und

Bürger in 27 Mitgliedstaaten teilgenommen haben. Im September 2017 startete der AdR eine Online-Umfrage mit bisher 17 000 Antworten, in deren Mittelpunkt die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und ihre Ansichten dazu stehen, welche Regierungsebene (EU-Ebene, nationale, regionale/lokale Ebene) am besten in der Lage ist, auf diese Anliegen einzugehen. Die Ergebnisse dieser Dialoge des AdR werden in die Stellungnahme des AdR zum Thema „Nachdenken über Europa: Die Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäischen Union“ einfließen, die derzeit vom Präsidenten des AdR, Karl-Heinz Lambertz, und vom Ersten Vizepräsidenten, Markku Markkula, ausgearbeitet wird und auf der Plenartagung des AdR am 8.-10. Oktober 2018 verabschiedet werden soll. Es bleibt abzuwarten, inwieweit in dieser Stellungnahme auch Vorschläge für mögliche institutionelle Reformen für die Zeit nach dem Brexit behandelt werden.

Inzwischen wird der Standpunkt der europäischen Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft Europas in immer größerem Umfang und über verschiedene Kanäle eingeholt. Am 9. Mai 2018 startete die Europäische Kommission eine öffentliche Online-Umfrage⁷, auf die bei verschiedenen Gelegenheiten zurückgegriffen werden soll: (a) Rede von Kommissionspräsident Juncker zur „Lage der Union“ am 12. September 2018, (b) Debatte über die Ergebnisse der Bürgerkonsultationen/-dialoge, über die 26 von 27 Staats- und Regierungschefs am 13./14. Dezember 2018 diskutieren wollen, und (c) Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 9. Mai 2019 in Sibiu, Rumänien.

In diesem Kontext sollte die SPE-Fraktion jedoch ihre Reflexionen über die Frage, wie der AdR zur Fortsetzung der Bürgerdialoge nach dem Sommer 2019 beitragen könnte, intensivieren. Folgende Fragen sollten erörtert werden: Sollte der AdR das derzeitige Format der AdR-Bürgerdialoge beibehalten, einschließlich der freien Themenwahl, einer möglicherweise verstärkten Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen und einer jährlichen Berichterstattung? Könnte die Mitwirkung von AdR-Mitgliedern an der Durchführung der Bürgerdialoge weiter intensiviert werden? Sollten die Themen dieser Dialoge entsprechend der EU-Agenda formuliert werden oder völlig offen sein (oder eine Kombination aus beidem)?

Die Frage der europäischen Werte ist wichtiger denn je, da zentrale Bestandteile der gemeinsamen Grundlage der EU, wie die Gewaltenteilung, die Presse-, Vereinigungs- und Redefreiheit sowie die Bekämpfung von Diskriminierung auch innerhalb der EU und von den EU-Mitgliedstaaten zunehmend infrage gestellt werden.

Die SPE-Fraktion im AdR wird weiterhin zu allen Verletzungen der Grundrechte und -freiheiten der EU entschlossen Stellung beziehen und politische Maßnahmen ergreifen, wenn diese die lokalen oder regionalen Gebietskörperschaften und ihre Fähigkeit, die europäischen Werte zu wahren, unmittelbar betreffen.

Diese Frage muss auch im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik behandelt werden, da die Europäische Kommission vorgeschlagen hat, einen Haushaltsposten „Kohäsion und Werte“ in den künftigen Finanzrahmen aufzunehmen. Abgesehen von der Frage, wie Haushaltsposten benannt werden, ist die Kommission der Ansicht, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit eine Grundvoraussetzung für eine ordnungsgemäße Haushaltsführung und eine wirksame Finanzierung der EU ist. Daher hat die Kommission auch einen neuen Mechanismus vorgeschlagen, um den Haushalt der EU vor finanziellen Risiken zu schützen, die auf generelle Rechtsstaatlichkeitsdefizite in den Mitgliedstaaten zurückgehen. Mit diesem Mechanismus kann die EU den Zugang zu EU-Mitteln

7

https://ec.europa.eu/commission/consultation-future-europe_de.

in einer Weise aussetzen, verringern oder beschränken, die proportional zur Art, zur Schwere und zum Umfang der Rechtsstaatlichkeitsdefizite ist.

Diese Werte, die im Zentrum des europäischen Projekts stehen, sollten auch für die Aktivitäten des AdR mit seinen Nachbarn Vorrang haben, unabhängig davon, ob dies im Rahmen der Gemischten Beratenden Ausschüsse (GBA) und Arbeitsgruppen (AG) mit den Kandidatenländern oder potenziellen Kandidatenländern oder im Rahmen der Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM) und der Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Länder der Europäischen Union und der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP) mit den Ländern stattfindet, die unter die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) fallen.

Meilensteine zu Priorität 5:

Bereits umgesetzt:

- 30. November 2017: Stellungnahme von Guillermo Martínez Suárez (SPE/ES) zum Bericht über die Unionsbürgerschaft 2017

Laufende Projekte:

- Interaktion mit der hochrangigen Arbeitsgruppe der SPE zur Zukunft Europas
- 2. Rede zur Lage der Union aus lokaler und regionaler Sicht von AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz, Oktober 2018
- 8.-10. Oktober 2018: Verabschiedung der Stellungnahme „Nachdenken über Europa: Die Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäischen Union“ von AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz und dem Ersten Vizepräsidenten Markku Markkula auf der Plenartagung des AdR

Geplant:

- möglicherweise Seminar der SPE-Fraktion in Brüssel auf Einladung von Alain Hutchinson (SPE/BE) (Maison du Peuple, Saint-Gilles) zur Frage der europäischen kulturellen Identität/en
- 13. bis 15. März 2019 in Bukarest: 8. Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte, veranstaltet vom AdR mit Unterstützung des künftigen rumänischen Ratsvorsitzes der EU: Beitrag von Städten und Regionen zur Tagung des Europäischen Rates am 9. Mai 2019 in Sibiu/Rumänien und institutionelle Agenda nach dem Brexit 2019-2024